

des Dritten Reiches, dem nationalsozialistisch gewordenen Staat; nach 1945 dann dem von der SED bestimmten Staat der DDR. Die Vorwürfe sind nicht aus der Luft gegriffen. Wienken hat tatsächlich mancherlei Kompromisse geschlossen, die bedenklich erscheinen müssen. Sein Auftreten gegenüber den Ministerien des NS-Staates wirkte zuweilen recht devot. So konnte Bischof Galen sich gegenüber Wienken verwahren: »Du sollst mich nicht im Ministerium entschuldigen.« Bischof Galen war ein scharfer Kritiker der Weimarer Verfassung. Er war streng national und konservativ. Er war antiliberal und antisozialistisch. So hatten ihn einige der Mitarbeiter seines Veters, des Berliner Bischofs Konrad Preysing, noch Ende 1937 im Verdacht, dass er letztlich mit dem NS-System sympathisiere. Um so bemerkenswerter ist, worauf Höllen aufmerksam macht, dass Galen grundsätzlich sich dagegen verwahrte, dass Wienken die deutschen Bischöfe im Reichskirchenministerium wegen ihrer Proteste entschuldigte und dass er ihn wegen seiner Predigten verteidigen zu müssen glaubte. Der Freiburger Erzbischof Gröber, der anfänglich selbst mit dem Regime sympathisiert hatte, dann aber sich entschieden davon abkehrte und sich für Verfolgte einsetzte², charakterisierte in einem Brief vom 14. Juni 1942 Wienken als einen »überaus vorsichtigen und fleissigen Bischof«. Die ablehnende Haltung mancher Bischöfe gegenüber Wienken erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass dieser als ein Parteigänger und Bote des Breslauer Kardinals Bertram galt. Zwischen Bertram und dem Berliner Bischof Preysing aber bestanden unüberbrückbare Gegensätze. Der Berliner Bischof lehnte die blosse Eingabepolitik Kardinal Bertrams ab, der als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz schliesslich eine Schlüsselstellung innerhalb des deutschen Episkopats innehatte. Es kann auch kein Zweifel darüber sein, dass Wienken die Wünsche Bertrams ausgeführt hat, schon weil er von Natur aus die gleiche Linie vertreten musste.

An Wienken kann man die Tragödie des »unpolitischen« Bischofs demonstrieren, der sich berufen fühlt, mit dem Staat und seinen Vertretern zugunsten der Kirche zu verhandeln. Wienken hat zu wenig bedacht oder erkannt, dass der Staat von der Partei abhängig war. Ein scheinbar unpolitisches Handeln ist in Wahrheit dennoch politisch; denn es bestätigt das System, mit dem die Verhandlungen durchgeführt werden. Es ist immer nur ein kleiner Schritt von der Anerkennung der Staatsautorität zur Kollaboration mit ihr. Kann sie erlaubt sein? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Kam bei Wienken nicht doch noch eine gewisse Anfälligkeit für das NS-System hinzu? Sagen wir es genauer, für ganz bestimmte Aspekte. In seiner Berliner Tätigkeit hatte sich Wienken als Vorstandsmitglied der »Volksgemeinschaft für gute Sitte« hervorgetan und bereits im November 1924 in einer Eingabe an das Reichsinnenministerium härtere Massnahmen gegen die »Auswüchse im Theaterwesen und Schrifttum« gefordert. Mit einer Anzeige ging er auch gegen die Zeichnung »Christus mit der Gasmask« des George Grosz vor. Es war nicht allein Furcht vor sexueller Libertinage, die ihn bewegte, sondern auch sein Erschrecken über die soziale Verwahrlosung unter den Jugendlichen der Grossstadt Berlin. Er sah in ihr ein Ergebnis einer verfehlten Kulturpolitik, Ergebnisse einer liberalistischen Gesinnung. Die antiliberalistische Einstellung des Nationalsozialismus sagte ihm daher offensichtlich zu. Doch muss man nach den Motiven fragen. Er selbst kam zu seiner antiliberalen Haltung aus seiner Sorge um die Jugend, aus seinem Mitleiden der Grossstadtnot. Unbestreitbar ist sein daraus erwachsenes soziales Engagement, sein Einsatz für Notleidende aller Art, seine grosszügige Hilfe für jeden, der ihn brauch-

te, ohne Ansehen der Person. Darum konnte er sich übrigens auch mit Kommunisten gut verstehen. Der Spitzname »der rote Heinrich« verrät doch etwas von diesem seinem Einsatz für Notleidende. Er blieb sich selbst treu, wenn er nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges abermals versuchte, mit seinem Verhandeln einen Ausgleich zwischen Kirche und DDR zu schaffen. Auch in dieser Zeit blieben die Vorwürfe die gleichen, nämlich, dass er zu viele Konzessionen mache. Immer bleibt also die Frage, wie sich Kirche in einem Staat verhalten soll, der den ganzen Menschen beansprucht und dessen Ideologie im Grunde antichristlich ist. Am Beispiel Wienkens zeigt Höllen, dass es einer hohen politischen Begabung bedarf, wenn die Gratwanderung gelingen soll, die Gratwanderung der Wahrung der Unabhängigkeit der Kirche mit ihren unaufgebbaren Forderungen und der Tolerierung eines Staates, dessen Ideologie sie weder mittragen kann noch darf. Wienken war diese politische Begabung nicht. Darin liegt letztendlich seine Tragik. Denen aber, denen er geholfen hat, wird er dennoch in guter Erinnerung bleiben. Der Verfasser hat die Problematik gut erkannt und fair dargestellt. Er ist sorglich den erreichbaren Quellen nachgegangen. Wienken hat sich selten persönlich über seine Motive geäussert. Dass es dem Verfasser trotzdem gelungen ist, eine ebenso lebendige wie einfühlsame Darstellung zu geben, verdient Anerkennung.

Willehad Paul Eckert, Köln

BERND JENTZSCH (Hrsg.): Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Deportation und Vernichtung in poetischen Zeugnissen. München 1979. Kindler-Verlag. S. o. S. 29.

HELMUT KRAUSNICK / HANS-HEINRICH WILHELM: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 22). Stuttgart 1981. Deutsche Verlags-Anstalt. 688 Seiten.

So viel über den Nationalsozialismus schon geschrieben worden ist, so erschreckend »neu« kann eine Untersuchung dennoch sein, wenn sie wie diese in der besten Tradition geschichtlich-wissenschaftlicher Arbeit Quellennähe und geschichtliche Perspektive zusammenbringt; und das um so mehr, je erdrückender die Fülle des präsenten und präsentierten einzelnen ist.

Das Buch behandelt eine Spezialfrage, aber nicht nur für Spezialisten: Es geht um die »Einsatzgruppen«, militärische Einheiten mit Sonderaufträgen, weniger zur Bekämpfung des militärischen Gegners (es sei denn indirekt), vielmehr des politischen Gegners, und das hiess in nationalsozialistischer Sicht nicht zuletzt des sogenannten Rassenfeinds. Entsprechend wurde zu ihrer wichtigsten Sonderaufgabe die Erfüllung des Geheimbefehls zur Liquidierung von Angehörigen politisch und rassistisch »unerwünschter« Bevölkerungsteile, besonders der Juden.

Die ersten Pläne für das Buch stammen aus den fünfziger Jahren. Es schien unabweisbar, die erhaltenen, vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin aufgrund von Berichten der Einsatzgruppen zusammengestellten »Ereignismeldungen«, also ein in der zu rekonstruierenden Situation selbst entstandenes und besonders wichtiges Quellenmaterial, geschlossen der Öffentlichkeit bekannt zu machen. *Helmut Krausnick*, der dann auch den wichtigen Beitrag »Judenverfolgung« zu dem zweibändigen Standardwerk »Anatomie des SS-Staates« (1965) verfasst hat, wollte sich der Aufgabe unterziehen. Seine in diesem Bande vorgelegte auswertende Beschreibung und Untersuchung ist daraus geworden. Sie behandelt die Zeit von der erstmaligen Verwendung solcher Sondereinheiten im

² Vgl. dazu Erwin Keller: Conrad Gröber, in FrRu XXXII/1980, S. 134.

März 1938 (beim Einmarsch in Österreich) bis zum Beginn des Russlandfeldzugs eingehend und legt bei der überblickartigen Darstellung der Tätigkeit der Einsatzgruppen in der Sowjetunion den Akzent auf einen besonderen Aspekt, nämlich auf das Verhältnis der Einsatzgruppen zur Wehrmacht. Damit schliesst der erste Teil des Buches.

Der umfangreichere zweite Teil geht auf eine ursprünglich über 1000 Seiten starke Doktorarbeit des fast vierzig Jahre jüngeren Forschers Hans-Heinrich Wilhelm zurück und behandelt im Detail die Aktivitäten der Einsatzgruppe A, einer der vier beim Russlandfeldzug verwendeten Einsatzgruppen, die im nördlichsten Abschnitt operierte. Die gekürzte und umgearbeitete Dissertation ist – eindringlich und eingängig formuliert – ein Stück gelungener historischer Prosa, durch oft seitenlange Quellenzitate (vor allem aus den »Ereignismeldungen«) weniger unterbrochen als angereichert. Auch *Wilhelm* wendet sein Augenmerk dem Verhältnis der Einsatzgruppen zum Heer zu, besonders im Abschnitt »Die Beteiligung anderer deutscher Dienststellen und Organisationen« (S. 589–609). Hier geht es um einen der Punkte, auf die im Zusammenhang mit diesem Buche besonders hinzuweisen ist. Die – freilich nicht erstmals thematisierte – Frage wird gestützt auf ein so massenhaftes und unzweideutiges Material und mit solcher Sachkenntnis und Klarheit behandelt, dass es für niemanden mehr einen (Aus-)Weg hinter die vorgetragenen Ergebnisse zurück geben sollte. »1941/42 war bei den deutschen Dienststellen ausserhalb der SS nicht nur im Ostland von einer massiven Gegnerschaft gegen die Judenvernichtung wenig zu spüren. Einwände kamen erst, als ernste wirtschaftliche Komplikationen drohten und als die Deportationen deutscher Juden einsetzte; zum Teil wurden lediglich Transportprobleme ins Treffen geführt. Einzelne Stellen, wie z. B. Generalkommissar Kube, hätten zumindest das deutsche assimilierte Judentum von der Massenvernichtung tatsächlich gern ausgenommen. Aus den Quellen ergibt sich jedoch keineswegs der Eindruck, dass Sicherheitspolizei und SD sich besondere Mühe gaben, die anderen Stellen in Unkenntnis über die geplanten Massnahmen zu lassen oder sie jeweils erst in letzter Minute zu überrumpeln. In aller Regel gab es genügend Kenntnis, und es herrschte jenes Mass an allgemeinem Einverständnis sämtlicher beteiligter Stellen, wie man es auch sonst im »bürokratischen Alltag« bei der Durchführung einer von oben kommenden, nicht gerade angenehmen und zum Teil unverständlichen Anordnung günstigstenfalls erwarten konnte. Dies ging so weit, dass vereinzelt nicht direkt Zuständige den in erster Linie für die Durchführung Verantwortlichen ihr persönliches Mitgefühl aussprachen – wie Generalfeldmarschall v. Bock seinem Höheren SS- und Polizeiführer v. d. Bach-Zelewski.« (S. 598 f.)

Nicht zu Unrecht wird auf den »bürokratischen Alltag« angespielt. Doch heisst dies nicht (und das neue Buch leistet auch einem solchen Missverständnis nicht Vorschub), dass positives menschliches Desinteresse, Verachtung und selbst Ekel, dies alles ja nur andere Formen des Hasses, im Zuge des verordneten und organisierten Tötungs-»Betriebs« verschwanden – es gibt genug Zeugnisse für das Gegenteil. Der offene, von akuter Angst geprägte Hassausbruch war freilich angesichts dessen, dass nunmehr Staat, Partei und Führer die Verantwortung übernommen hatten, kaum mehr vonnöten, wenn er auch weiter vorkam. Man muss beides zusammenhalten: persönliche Überzeugung von der Minderwertigkeit der Juden, Zigeuner und Bolschewisten, elementare Abneigung (was ist das anderes als stiller Hass) und die obrigkeitliche Delegation, das Handeln im Auftrag. Jetzt konnte man endlich

in Ruhe, auch ruhigen Gewissens dem nachgehen, was man schon immer dunkel als dringend, vielleicht als notwendig empfunden hatte. »Pragmatismus in Politik und Verwaltung vertrugen sich, wie es scheint, ausgezeichnet mit einem rational nicht zu rechtfertigenden Abgrenzungsbedürfnis gegenüber »undeutschem Wesen« und mit einem militanten Antisemitismus. Selbst krasse Ideologiefeindlichkeit und gänzlich unsentimentale Gefühlskälte (»nüchterne Sachlichkeit«) boten nicht immer einen sicheren Schutz gegen jüdenfeindliche Anwendungen genauso wenig wie eine Erziehung zu christlicher Nächstenliebe oder eine intime Vertrautheit mit der abendländischen Bildungstradition.« (S. 625 f.)

Mit den Morden der Einsatzgruppen nahm die nationalsozialistische Massenvernichtung menschlichen Lebens erst ihren Anfang – die Todeslager sind nicht Gegenstand dieses Buches. Doch sind schon in der behandelten Phase die Zahlen erschreckend: »Morde an nur fünfzig bis hundert Menschen figurieren als »kleinere Exekutionen«. Daneben ist die Rede von »Massenexekutionen«, von »Grossaktionen«, die auch einmal »mehrere Tage in Anspruch nahmen. Zahlenmässig unerreicht blieb die Aktion des Sonderkommandos 4a bei Kiew (Babi Jar), von der befriedigt festgestellt wurde, sie sei »reibungslos verlaufen«. In zwei Tagen, am 29. und 30. September 1941, wurden hier laut amtlicher Meldung der zuständigen Einheit nicht weniger als 33771 Juden erschossen. Es erforderte über 100 Lastkraftwagen, um ihre Kleidung abzutransportieren, die der NS-Volkswohlfahrt zugeführt wurde...« (S. 15) Das sorgfältig gearbeitete und überreich dokumentierte Buch, in dem Literaturverzeichnis und Register nicht fehlen, verdient eine weite Verbreitung, und der fachwissenschaftlich Ungerüstete sollte sich durch die Stärke des Bandes nicht abschrecken lassen; das Beste und Wichtigste ist auch ohne historisches Rüstzeug verständlich.

Hermann Greive, Köln

MARTIN NIEMÖLLER: Dahlemer Predigten 1936/37. Mit Vorwort von Thomas Mann. Neuauflage München 1981. Verlag Chr. Kaiser (Reihe: Lesezeichen). 207 Seiten. Dieser Band vereinigt die letzten 28 Predigten M. Niemöllers vor seiner Verhaftung am 1. 7. 1937, die er als Gemeindepastor von Berlin-Dahlem zwischen Oktober 1936 und Juni 1937 gehalten hat. Bereits 1938 von Pastor Karl Immer publiziert, waren sie auch Freunden der Bekennenden Kirche im Ausland zugänglich gemacht worden. So geht diese Neuauflage auf den Nachdruck in Zollikon/Schweiz zurück (»Dennoch getrost«, 1939). Zusätzlich ist jetzt (S. 185–191) das Vorwort »Niemöller« abgedruckt, das Th. Mann für die neugefasste englische Ausgabe (»The Gestapo Defied«, 1942) geschrieben hatte¹. Prof. F. Hildebrandt, damals Hilfsprediger in Dahlem, hellt in einer »Nachlese« (S. 192–199) den »Sitz im Leben« dieser Predigten auf. Die angeschlossene Fürbittenliste der Westfälischen Bekenntnissynode vom 28. 7. 1937 lässt in ihrer Kargheit die damalige Terroratmosphäre gespenstisch aufstehen. Wie es demgegenüber auf kirchlicher Seite aussah, macht die abschliessende Zeittafel (S. 204–207) deutlich. Sie beginnt mit 1936, wo zum 3. 1. die »Sitzung des Reichsbruderrates« vermerkt ist, »bei der die Spaltung der Bekennenden Kirche offenbar wird«, und sie endet mit dem 8. 3. 1938, wofür es heisst: »Der Bruderrat beschliesst eine Kanzelabkündigung zum Fall Niemöller, auf dem Psalmwort »Recht muss doch Recht bleiben« fussend« – nachdem der Pastor trotz seines Freispruchs ins KZ Sachsenhausen gekommen war; und dann weiter: »Einspruch des Lutherischen Rates mit der Begründung,

¹ Martin Niemöller, geb. 14. 1. 1892, konnte 1982 seinen 90. Geburtstag begehen. (Anm. d. Red. des FrRu)